

Warnung vor Versorgungsengpässen

FVDZ fordert Krisengipfel.



BONN – Anfang Januar hatte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach Haus- und Fachärzte zum Krisengipfel eingeladen. Besprochen werden sollten Lösungsansätze für die Zukunftsprobleme der ambulanten Versorgung. „Dass zu diesem Gipfeltreffen Vertreter der Zahnärzteschaft nicht einmal eingeladen waren, ist eine Frechheit“, sagt der Bundesvorsitzende des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ), Dr. Christian Öttl. „In den rund 40.000 Zahnarztpraxen in Deutschland findet die komplette ambulante zahnärztliche Versorgung statt.“

Von den Versorgungsproblemen der Zukunft, ebenso wie denen der Gegenwart, seien die rund 70.000 Zahnärzte ebenso betroffen wie die ärztlichen Kollegen, betonte Öttl. „Wir bedauern es sehr, dass der Minister offenbar keine Zeit und keine Lust hat, sich über die Probleme zu informieren, die das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz und die damit einhergehende Budgetierung in den Praxen ausgelöst hat. Wir haben erwartet, dass einem Gipfel für Ärzte nun Gespräche mit der Zahnärzteschaft folgen. Deshalb fordern wir Minister Lauterbach zum konstruktiven Dialog auf.“

In den rund 40.000 Zahnarztpraxen in Deutschland findet die komplette ambulante zahnärztliche Versorgung statt.

Auswirkungen der Budgetierung

Das Versprechen des Ministers, dass es für Patienten keine Leistungseinschränkungen geben wird, sei jedoch eine Farce. Jeden Tag müssten sie in den Praxen erleben, dass bestimmte Leistungen einfach nicht mehr wirtschaftlich erbracht werden könnten, weil diese schlicht und ergreifend nicht mehr ausreichend bezahlt würden. Das Paradebeispiel für die katastrophalen Auswirkungen der Budgetierung sei die Parodontitisbehandlung – eine gerade neu überarbeitete Therapiestrecke bleibe buchstäblich auf halber Strecke stecken, weil es kein ausreichendes Budget für die Leistung gebe. „Da muss der Minister erklären, wie er Leistungseinschränkungen verhindern will“, sagt der FVDZ-Bundesvorsitzende.

Der FVDZ fordert das Ende der Budgetierung über alle Leistungsgebiete. Die Frustration der niedergelassenen Zahnärzte ist hoch, denn eine wirtschaftliche Praxisführung sei unter den gegebenen Umständen immer weniger zu realisieren. „Die Kostenseite explodiert, aber man kann das kaum kompensieren“, sagt Öttl. „Das hat Auswirkungen in zwei Richtungen: Zum einen schließen immer mehr ältere Praxisinhaber vorzeitig ihre Praxen, und zum anderen ist die Niederlassung für jüngere Kollegen nicht mehr attraktiv. Die Folge wird ein Praxensterben sein – nicht nur, aber besonders auf dem Land. Damit verbunden wird es einen Versorgungsengpass von noch nie dagewesenem Ausmaß geben.“

Die Kostenseite explodiert, aber man kann das kaum kompensieren.

Um genau dies zu verdeutlichen, werde es sicher in den nächsten Monaten zu weiteren flächendeckenden Praxisschließtagen und zu Einschränkungen der Öffnungszeiten der Praxen kommen. „Die Versorgung wird dünner, das müssen wir deutlich machen“, betont Öttl. „Mit eingeschränkten Mitteln kann es auch nur eingeschränkte Leistung geben.“ **DI**

Quelle: Freier Verband Deutscher Zahnärzte e.V.

Alarmierende Versorgungsdaten

Kostendämpfungspolitik gefährdet Patientenversorgung.

BERLIN – Die Folgen der Mittelbegrenzung durch das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) sind in der Patientenversorgung voll angekommen. Hiervon betroffen sind vor allem Patienten, die an Parodontitis leiden. Dabei hatte die im Juli 2021 eingeführte neue präventionsorientierte Parodontitis-Behandlungstrecke zum Ziel, die Volkskrankheit endlich nachhaltig zu bekämpfen.

Eine Bundesregierung, die sich die Prävention auf die Fahne geschrieben hat, darf die bestehende Versorgungsnot nicht ignorieren, sondern muss sofort handeln.

Neue Daten der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) belegen jedoch einen dramatischen Einbruch der Neubehandlungsfälle bei dieser Therapiestrecke: Allein im November 2023 sind die Neubehandlungen im Vergleich zum Vorjahresmonat um fast ein Drittel zurückgegangen, bei einer weiterhin unverändert hohen Krankheitslast.

Zu befürchten ist, dass sich der durch die Gesetzgebung ausgelöste langfristige Schaden für die Parodontitisversorgung im Laufe des Jahres 2024 noch weiter verschärfen wird. Zahnarztpraxen müssen sich nämlich zwangsläufig auf die schlechteren Rahmenbedingungen infolge der Budgetierung durch das GKV-FinStG einstellen.

Lösungsorientierter Dialog und schnelles Handeln – jetzt!

Hierzu erklärt Martin Hendges, Vorsitzender des Vorstandes der KZBV: „Eine Bundesregierung, die sich die Prävention auf die Fahne geschrieben hat, darf die bestehende Versorgungsnot nicht ignorieren, sondern

genommen werden. Alles andere hat erhebliche negative Folgen für die Mund- und Allgemeingesundheit der Patienten und führt gerade zu keiner nachhaltigen Entlastung der GKV-Finanz.“

Unbehandelte Parodontitis verursacht hohe Folgekosten

Die Patientenversorgung zu stärken, bedeutet, neben der Entbudgetierung im hausärztlichen Bereich auch sämtliche zahnärztlich erbrachte Leistungen zu vergüten. Nur so kann Prävention speziell von Herz-Kreislauf-Erkrankungen erfolgreich umgesetzt werden. Denn die Parodontitis nimmt Einfluss auf schwere Allgemeinerkrankungen wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen und rheumatische Erkrankungen und steht unter anderem unmittelbar in Wechselwirkung zu Diabetes mellitus. Eine unbehandelte Parodontitis verursacht zudem hohe Folgekosten: Allein im zahnärztlichen Bereich summieren sich diese auf rund 200 Mio. Euro jährlich. Hinzu kommen indirekte Krankheitskosten durch Parodontitis, die eine internationale vergleichende Studie für Deutschland mit rund 34,79 Mrd. Euro angibt. Die conse-



Parodontologie ihren Evaluationsbericht veröffentlicht, der die fatalen Auswirkungen der Budgetierung auf die Parodontitisversorgung anhand klarer Daten und Fakten unmissverständlich belegt.

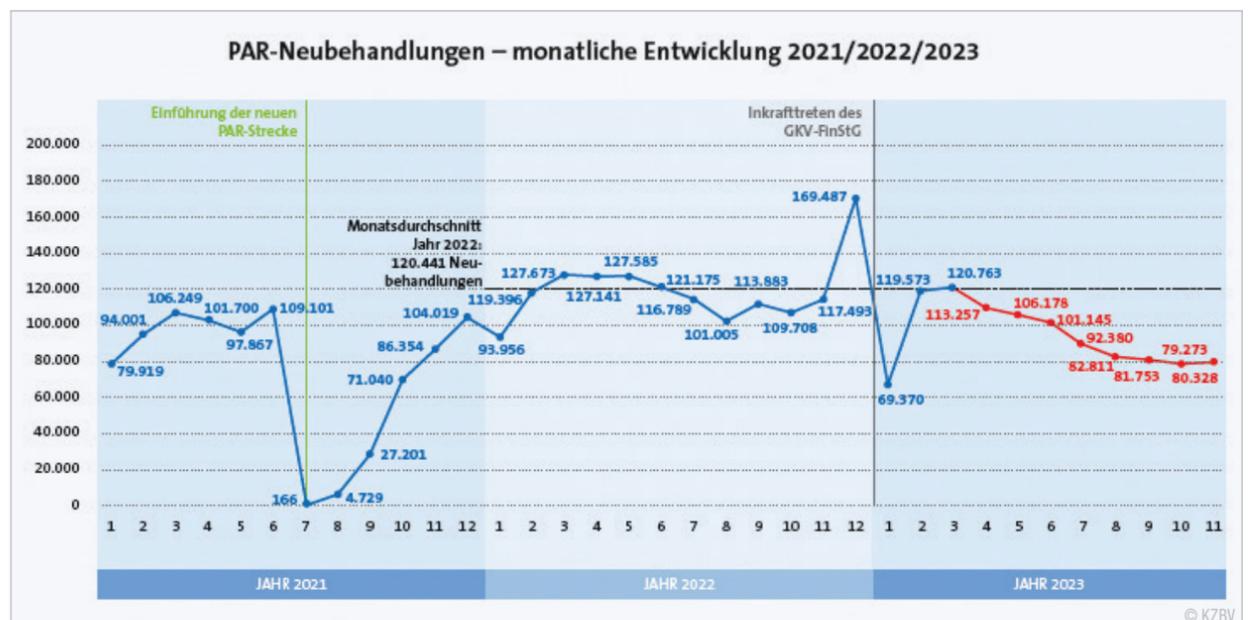
Wir appellieren eingehend an Bundesgesundheitsminister Lauterbach, mit uns gemeinsam die Weichen zu stellen, um auch künftig eine präventionsorientierte Patientenversorgung zu ermöglichen. Wird jetzt nicht gehandelt, sind die Patienten in Deutschland die Leidtragenden.

quente Prävention und Therapie von Parodontitis würde diese Kosten zumindest reduzieren.

„Wir appellieren eingehend an Bundesgesundheitsminister Lauterbach, mit uns gemeinsam die Weichen zu stellen, um auch

Die Grafik zeigt, dass sich die Situation seit Veröffentlichung des Berichts nochmals verschärft hat.

Die KZBV fordert die Politik bereits seit Monaten mit Nachdruck auf, ihre Kostendämpfungspolitik endlich zu beenden und



muss sofort handeln. Im Sinne einer weiterhin flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Patientenversorgung lautet unsere klare Forderung an die Politik, die mit dem GKV-FinStG wiedereingeführte strikte Budgetierung für alle Zeiten zu beenden! Angesichts der alarmierenden Versorgungssituation müssen die Leistungen der Parodontistherapie sofort aus der Budgetierung heraus-

künftig eine präventionsorientierte Patientenversorgung zu ermöglichen. Wird jetzt nicht gehandelt, sind die Patienten in Deutschland die Leidtragenden“, so Hendges weiter.

Hintergrund

Ende September 2023 hat die KZBV gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für

zu einem versorgungsorientierten System zurückzukehren. Um auf die negativen Folgen des GKV-FinStG aufmerksam zu machen, führt die KZBV ihre im vergangenen Sommer gestartete bundesweite Kampagne „Zähne zeigen“ auch in diesem Jahr fort. **DI**

Quelle: KZBV